



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/LX/193 - 28.8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Die Saar-Frage nach Brüssel	S. 1
Die Schreckensbilanz des II. Weltkrieges	S. 3
Sorgen im Hauptausschuss des NWDR	S. 5

Saar-Separatismus in der Krise

xxx Saarbrücken

Das Scheitern der Brüsseler Konferenz der EVG-Staaten hat neben den allgemeinen Auswirkungen auf die gesamte europäische Politik für die weitere Behandlung der Saarfrage zwischen Frankreich und Deutschland ganz besondere Bedeutung. Mit der Stellungnahme des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France zur EVG hat sich erwiesen, dass Frankreich die kleineuropäische Integration in der durch die vorliegenden Verträge festgelegten Form nicht wünscht. Damit wird auch der bisherigen offiziellen Saarpolitik jede Grundlage entzogen. Der Weg der Schein-Europäisierung des Saargebietes nach dem Waters-Plan dürfte jetzt jedenfalls endgültig verbaut sein, denn Herr van Waters sagt in der Begründung zu seinem Vorschlag selbst, dass er nur zu verstehen sei, wenn man die EVG und die Europäische Politische Gemeinschaft als Ausgangspunkt nimmt. Beide Ziele stehen heute mehr denn je in den Sternen und damit entfällt die letzte Rechtfertigung für die Abtrennungsbestrebungen des Saargebietes von Deutschland und die letzte Tarnung für die separatistische Politik in Saarbrücken.

Herr Guerin de Beaumont, der Staatssekretär im französischen Ausserministerium, hat zwar noch nach der Brüsseler Konferenz in Saarbrücken versichert, dass man nach wie vor eine "europäische" Saarlösung anstrebe, aber es lässt sich schlecht verbergen, dass diese Äußerung wohl nur gemacht wurde, um Saar-Hoffmann und seinen Getreuen den bekannten Strohalm zu reichen, an den man sich klammert, wenn man vom Untergang bedroht wird. Auch die neuesten Töne aus Paris, dass

die Lösung der Saarfrage weiterhin Vorbedingung für jede endgültige Entscheidung der Nationalversammlung über den EVG-Vertrag bleibe, entbehrt angesichts der Situation nicht einer gewissen Komik. Dieser von den Vorgängern der Regierung Mendès-France gestartete Erpressungsversuch gegenüber Deutschland hat heute seine politische Wirksamkeit verloren. Er entspricht keineswegs dem Sinn für Realitäten, den man dem französischen Regierungschef nachsagt und kann deshalb aus seinem Munde nicht sehr ernst genommen werden.

Das separatistische Regime in Saarbrücken befindet sich angesichts dieser Situation in einer echten Krise. Saar-Hoffmann weiß das auch, denn er richtete nicht umsonst an die in Brüssel versammelten Staatsmänner den eindringlichen Appell, die Vorzüge einer "europäischen" Saarlösung nicht zu vergessen. Ja, er drohte sogar mit einer Umorientierung seiner Politik, wenn die EVG nicht zustande käme. Aber er mußte betrübt einsehen, dass sein Einfluss zu gering ist, um den Ablauf der Ereignisse in Europa zu beeinflussen und nun steht er vor der Trümmern seiner pseudo-europäischen Phraseologie. Es wird für die gesamte Saarbevölkerung offensichtlich, dass für die weitere Fortsetzung der verhängnisvollen Saarpolitik ihrer Regierung und der separatistischen Parteien nur noch der Selbsterhaltungstrieb einiger Politiker und ihre Ambitionen, König in einem kleinen Reich zu sein, bestimmend sein können.

Es kommt hinzu, dass auch in wirtschaftlicher Hinsicht ernste Anzeichen einer Krise vorhanden sind. Der Staatshaushalt weist ein Defizit von nahezu 20 Milliarden frs. auf und man zerbricht sich bisher vergebens den Kopf, wo man das Geld für die Deckung hernehmen soll. Dem Zwittergebilde "Saarstaat" gibt niemand im Ausland Geld und auch Frankreich scheint nicht gewillt zu sein, seinen Freunden in Saarbrücken über ihre Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. In der Schwerindustrie des Saargebietes und auch in einzelnen Zweigen der Weiterverarbeitung und des Handels zeigen sich die ernstesten Folgen der Ausbeutungspolitik der letzten Jahre. Feierschichten, Kurzarbeit und die damit verbundene Verminderung der Löhne tragen nicht dazu bei, die Stimmung für den separatistischen "Saarstaat" zu heben.

Aus dieser Situation kann es für die Saarbevölkerung nur einen Ausweg geben. Es ist der Weg, den die deutsche Sozialdemokratie und die nicht zugelassenen deutschen Parteien seit Jahren vorgeschlagen haben, den aber die deutsche Bundesregierung in europäischer Verblendung bisher ablehnte. Deutschland und Frankreich müssen sich darüber verständigen, dass durch die Herstellung demokratischer Freiheiten an der Saar der Wille der Bevölkerung unverfälscht zum Ausdruck kommt und gemeinsam mit einer freigewählten Vertretung der Saarbevölkerung eine Lösung anstreben, die die Saar politisch bei Deutschland belässt und die echten wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im Saargebiet garantiert. Jedes andere Experiment führt unweigerlich zu einer Verkümmern der Saarwirtschaft und damit zu Not und Arbeitslosigkeit für die Bevölkerung.

Niemals vergessen!

Heh. Am 1. September jährt sich zum 15. Male der Tag des Kriegsausbruchs in Europa. In den frühen Morgenstunden dieses Tages überschritten Hitlers Truppen die deutsch-polnische Grenze, begann das Gemetzel, wurde der zweite große Weltenbrand entfacht, der zu einem furchtbaren Erwachen führen sollte.

Den Nazi-Chef, den "Größten", den größten Feldherrn aller Zeiten und seine Clique hatten ein blinder, blutiger Macht- und Eroberungsrausch ergriffen, der sich mit den ersten großen Erfolgen ins Ungemessene steigerte, der sich außerdem in erschreckender Masse für Millionen als ansteckend erwies. Politische Missionare verkündeten wieder einmal: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen - und Unzählige glaubten es. Die Missionare aber entpuppten sich als Henker, nicht zuletzt der Besten ihres eigenen Volkes.

Nicht das Gemetzel auf den Schlachtfeldern allein, auch der Wahnsinn der Bombardements auf die Zivilbevölkerung, das Morden in den Hitlerschen Konzentrationslagern, der Blutrausch der braunen Barbaren am jüdischen Volk und letzten Endes die Austreibung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat im Osten sollten uns unvergessen bleiben. Unvergessen schon deshalb, weil erneut Deutsche in der Sowjetzone ohne eigenes Verschulden für das Ergebnis dieses Krieges ihr Leben lassen müssen.

Nichts beleuchtet besser den Wahnsinn des Zweiten Weltkrieges, nichts mahnt eindringlicher vor einem neuen Weltenbrand, als die Zahlen der Toten, Verletzten und Vertriebenen. Die Verluste an Soldaten stellen sich nach den inzwischen vorliegenden Ermittlungen in den einzelnen Ländern der Welt wie folgt dar:

Deutschland	3 250 000	Tote
Sowjetunion	13 600 000	"
Britisches Weltreich	452 570	"
Jugoslawien	305 000	"
Italien	300 000	"
Österreich	260 000	"
U S A	229 000	"
Frankreich	200 000	"
Polen	123 000	"
Ost- und südosteurop. Länder	1 000 000	"
China	2 200 000	"
Japan	1 506 000	"
Übrige Völker, insbes. Ostasiens	3 800 000	"
Vermißte, bzw. als Verstorben anzusehen	3 000 000	"
	<u>30 225 570</u>	<u>Tote</u>

Die Verluste an Zivilbevölkerung betragen:

Deutschland (durch Vertreibung u. Luftkrieg)	2 050 000	Tote
" (durch pol. u. rass. Verfolgung)	300 000	"
Volksdeutsche (durch Vertreibung)	1 000 000	"
Sowjetunion	6 700 000	"
Jugoslawien	1 401 000	"
Westliche Alliierte	690 000	"
Holland	260 000	"
Italien und Österreich	190 000	"
Belgien	59 000	"
Polen (einschl. 3,5 Mill. poln. Juden)	6 000 000	"
Tschechoslowakei	250 000	"
Übrige Welt, insbes. Ostasien	6 000 000	"
	<u>24 840 000</u>	<u>Tote</u>

Zu diesen insgesamt 55 065 570 Toten kommen 35 Millionen Verletzte in der ganzen Welt. Kriegsbeschädigungen blieben allein in Deutschland bei 2,6 Millionen zurück.

Millionenfache Ausmaße hat auch das Flüchtlings- und Vertriebenenproblem im Zweiten Weltkrieg angenommen. Als erste wurden bei Kriegsausbruch 20 000 Deutsche in Polen verschleppt. Doch schon wenige Tage darauf wurde das ganze polnische Volk vom Strudel der Ereignisse erfasst. Hunderttausende flüchteten vor den heranrückenden deutschen und sowjetischen Truppen nach Rumänien und von dort nach Westeuropa, während der größte Teil der 3,9 Millionen in den von der Sowjetunion besetzten Ostgebieten wohnhaften Polen nach Rußland und Sibirien verschleppt wurde. Ein ähnliches Schicksal erlitten große Teile der Bevölkerung Litauens, Lettlands und Estlands nach der Besetzung dieser Länder durch die Sowjets. Mit einer halben Million Vertriebenen aus Ostkarelien hatte auch Finnland ein seiner Bevölkerungszahl nach verhältnismäßig großes Flüchtlingsproblem zu bewältigen.

Weit übertroffen wurde das im Verlauf des Krieges eingetretene Flüchtlings- und Vertreibungselend aber durch die nach 1945 eingesetzte Vertreibung der Deutschen aus den deutsche Ostgebieten und den anderen Ländern Ost- und Südosteuropas. Diese Zahl beträgt rund 13 Millionen. Hinzu kommen zwei Millionen Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, so dass allein seit 1945 rund 15 Millionen Deutsche ihre Heimat verloren haben. Insgesamt wird die Zahl der durch Krieg und Gewaltherrschaft entwurzelten Menschen in der ganzen Welt auf mindestens 40 Millionen geschätzt.

Eine erschütternde Bilanz. Soll diese furchtbare Lehre der Menschheit wirklich umsonst gewesen sein?

An die richtige Adresse ?

J.F.W. Der Hauptausschuss des NWDR hat sich in einer mit Mehrheit gefassten Entschliessung an den Bundeskanzler gewandt, um die von Nordrhein-Westfalen geforderte Aufteilung des NWDR zu verhindern. Es ist verständlich, dass vor allem die Vertreter der norddeutschen Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Hauptausschuss die Düsseldorfer Absichten mit Sorge betrachten. Niemand kann heute mit Bestimmtheit sagen, ob sich die Ausgliederung Nordrhein-Westfalens aus dem NWDR zum Segen der Rundfunkhörer auswirken wird. Fest steht es jedoch, dass damit für das norddeutsche Restgebiet des NWDR eine Fülle von Problemen auftaucht, die nicht einfach zu lösen sein werden. Die Bedenken im Hauptausschuss sind also verständlich.

Weniger verständlich ist es, dass die Entschliessung dieses Gremiums an den Bundeskanzler gerichtet wurde. Als im Frühjahr 1953 der Entwurf eines Bundesrundfunkgesetzes den Bundestag beschäftigte, wurde gerade vom NWDR die Kompetenz des Bundes, in die Organisation des Rundfunks einzugreifen, bezweifelt. Eine solche Kompetenz setzt aber das Schreiben des Hauptausschusses voraus, ohne sie wäre es sinnlos. Tatsächlich ist die Zukunft des NWDR abhängig von der Haltung der Engländer, deren Verordnung 118 noch immer die Rechtsgrundlage des NWDR bildet. Wird sie aufgehoben, so müssen sich die vier am NWDR beteiligten Länder über die Zukunft dieser Rundfunkanstalt, über ihre Fortführung oder ihre Auflösung einigen. Für ein Eingreifen der Bundesregierung besteht selbst dann ohne ein - auch vom NWDR abgelehntes - Bundesrundfunkgesetz keine Möglichkeit.

Der verständliche Wunsch sich gegenüber Nordrhein-Westfalen Unterstützung zu suchen, sollte doch die Mehrheit des NWDR-Hauptausschusses nicht übersehen lassen, dass sie mit ihrem Appell an den Bundeskanzler leicht vom Regen in die Traufe kommen können. Weis man denn in Hamburg, was aus dem NWDR würde, wenn er sein Geschick in die Hände der Bundesregierung legte?

Verantwortlich: Peter Raunau